

## Die multiplen Strategien Zar Peters I. und seines Wiener Gesandten Johann Christoph von Urbich hinsichtlich der Krone Polen-Litauens 1707-1709

Regina Stuber

### SUMMARY

The Multiple Strategies of Tsar Peter I and His Envoy in Vienna, Johann Christoph von Urbich, with Regard to the Crown of the Polish-Lithuanian Commonwealth 1707-1709

The Treaty of Altranstädt forced Augustus II to renounce the crown of the Polish-Lithuanian Commonwealth as well as any cooperation with the Tsardom of Muscovy in the context of the Great Northern War. Now Tsar Peter I was isolated facing the military superiority of Sweden. Looking for diplomatic solutions, Peter I pursued multiple strategies, building a political counterweight to Sweden in the Polish-Lithuanian Commonwealth being one of particular importance. The election of a pretender to the Polish crown by the Sandomierz Confederation under the patronage of Peter I developed into a crucial part of Russian diplomacy. Johann Christoph von Urbich was accredited as a Russian envoy in Vienna at a time when the efforts of the Tsar to enthrone an anti-king to Stanisław Leszczyński stalled. Based on the resources of this experienced diplomat, changes of strategy were discussed. The discrepancy between the Tsar's high expectations and the limits set by pragmatic politics put the new envoy into a situation in which he had to develop networks for initiatives of his own. His correspondence with the Saxon court and with Jan Szembek, the Polish Vice-Chancellor of Augustus II, show that the diplomat entered into special relations with them. These multiple loyalties only existed for a limited time, but were concurrent with his commitment to Peter I.

**KEYWORDS:** Johann Christoph von Urbich, Tsar Peter I, Augustus II, Jan Szembek, Polish-Lithuanian Commonwealth, Sandomierz Confederation, Great Northern War

In der Forschung zur diplomatischen Praxis der Frühen Neuzeit hat die Analyse der Patronage und des Klientelismus sowie derer Netzwerke längst ein besonderes Interesse erlangt und sich zu einem etablierten Forschungsgegenstand entwickelt. Patronage lässt sich dabei in vielfältigen Formen und Spielarten rekonstruieren: als Instrument politischer Kontrolle bzw. expliziter Einflussnahme, als Protektion oder schlicht als Instrument der Informationsgewinnung.<sup>1</sup> Geografisch gesehen, haben sich Forschungsschwerpunkte wie etwa zur politischen Relevanz der Patronage im Frankreich des 17. Jahrhunderts<sup>2</sup>, zur diplomatischen Praxis des Kirchenstaates<sup>3</sup> oder zur Praxis der Einflussnahme Ludwigs XIV. auf die geistlichen Kurfürstentümer des Heiligen Römischen Reiches herauskristallisiert.<sup>4</sup> Ein besonderer Forschungsschwerpunkt entwickelte sich in den letzten Jahren im Hinblick auf die spezifischen Außenbeziehungen der frühneuzeitlichen Eidgenossenschaft.<sup>5</sup>

<sup>1</sup> Vgl. hierzu aus jüngerer Zeit BIRGIT EMICH, RONALD G. ASCH u. a. (Hrsg.): *Integration, Legitimation, Korruption. Politische Patronage in Früher Neuzeit und Moderne*, Frankfurt am Main u. a. 2011; HILLARD VON THIESEN: *Diplomatie vom „type ancien“*. Überlegungen zu einem Idealtypus des frühneuzeitlichen Gesandtschaftswesens, in: DERS., CHRISTIAN WINDLER (Hrsg.): *Akteure der Außenbeziehungen. Netzwerke und Interkulturalität im historischen Wandel*, Köln u. a. 2010, S. 471–503; BIRGIT EMICH, NICOLE REINHARDT, HILLARD VON THIESEN, CHRISTIAN WIELAND: *Stand und Perspektiven der Patronageforschung. Zugleich eine Antwort auf Heiko Droste*, in: *Zeitschrift für Historische Forschung* 32 (2005), 2, S. 233–265; ANUSCHKA TISCHER: *Diplomaten als Patrone und Klienten. Der Einfluß personaler Verflechtungen in der französischen Diplomatie auf dem Westfälischen Friedenskongreß*, in: RAINER BABEL (Hrsg.): *Le diplomate au travail. Entscheidungsprozesse, Information und Kommunikation im Umkreis des Westfälischen Friedenskongresses*, München 2005, S. 173–197; DIES.: *Diplomatie*, in: *Enzyklopädie der Neuzeit*, hrsg. von FRIEDRICH JÄGER, Bd. 2, Stuttgart u. a. 2005, Sp. 1027–1041.

<sup>2</sup> Vgl. hierzu SHARON KETTERING: *Patronage in Sixteenth- and Seventeenth-Century France*, Aldershot 2002.

<sup>3</sup> BIRGIT EMICH: *Bürokratie und Nepotismus unter Paul V. (1605–1602). Studien zur frühneuzeitlichen Mikropolitik in Rom*, Stuttgart 2001; DIES.: *Territoriale Integration in der Frühen Neuzeit. Ferrara und der Kirchenstaat*, Köln u. a. 2005.

<sup>4</sup> TILMAN HAUG: *Ungleiche Außenbeziehungen und grenzüberschreitende Patronage. Die französische Krone und die geistlichen Kurfürsten (1648–1679)*, Köln u. a. 2015; CHRISTOPH KAMPMANN: *Völkerrechtsbruch als politische Strategie? Ein bekannter Fall und ein unbekannter Plan der Diplomatenentführung unter Kaiser Leopold I.*, in: GUIDO BRAUN, ARNO STROHMEYER (Hrsg.): *Frieden und Friedenssicherung in der Frühen Neuzeit. Das Heilige Römische Reich und Europa*, Münster 2013, S. 323–348.

<sup>5</sup> ANDREAS AFFOLTER: *Verhandeln mit Republiken. Die französisch-eidgenössischen Beziehungen im frühen 18. Jahrhundert*, Köln u. a. 2017; FABRICE BRANDLI: *Der Zwerg und der Riese. Asymmetrische Beziehungen und justizielle Kooperation zwischen der Republik Genf und Frankreich im 18. Jahrhundert*, in: TILMAN HAUG, NADIR WEBER u. a. (Hrsg.): *Protegierte und Protektoren. Asymmetrische politische Beziehungen zwischen Partnerschaft und Dominanz (16. bis frühes 20. Jahrhundert)*, Köln u. a. 2016, S. 139–157; CHRISTIAN WINDLER: *„Ohne Geld keine Schweizer“*. Pensionen und Söldnerrekrutierung auf den eidgenössischen Patronagemärkten, in: DERS., HILLARD VON THIESEN (Hrsg.): *Nähe in der Ferne. Personale Verflechtung in den Außenbezie-*

In Bezug auf das Königreich Polen-Litauen, die *Rzeczpospolita*, hat die Forschung eine ganze Reihe von Untersuchungen hervorgebracht, die den besonderen Stellenwert der Patronage und des Klientelsystems darlegen. Dies betrifft vor allem die Analyse der Strukturen der Patron-Klient-Beziehungen zwischen den Magnaten und des von ihnen in mehrfacher Hinsicht abhängigen Landadels sowie die daraus resultierenden Folgen für die konstitutionellen Einrichtungen.<sup>6</sup> Im Hinblick auf die auswärtigen Beziehungen begünstigte das Prinzip der Wahlmonarchie die Einflussmöglichkeiten auswärtiger Patronage. Die Situation Polen-Litauens war anders gestaltet als die des Heiligen Römischen Reiches. Auswärtigen Patronen war es letztlich nicht möglich, die Kaiserwahl zu bestimmen. Hingegen ermöglichten in Polen-Litauen sowohl die konstitutionell bedingte Stellung der politischen Elite als auch die außenpolitischen Machtverhältnisse nicht nur die Wahl eines auswärtigen Fürsten als König, sondern führten auch zu einer politischen Praxis, in der auswärtige Patronage das innere Machtgefüge in besonderem Maße mitbestimmte. Almut Bues spricht in diesem Zusammenhang von einem „Patron-switching“ der Magnaten.<sup>7</sup> Das Verfahren zur Vergabe der Krone Polen-Litauens kann als ein systemimmanenter Bestandteil dieser Wahlmonarchie angesehen werden. So reüssierte auch die Wahl Augusts II. zum polnischen König 1697 aufgrund von erfolgreichen Patronagebeziehungen zu polnischen Magnaten sowie zu deren Klientelverbänden. In Konkurrenz zum sächsischen Patronagesystem stand dasjenige Ludwigs XIV.<sup>8</sup>

---

lungen der Frühen Neuzeit, Berlin 2005 (Zeitschrift für Historische Forschung; Beiheft, 36), S. 105–133; NADIR WEBER: Lokale Interessen und große Strategien. Das Fürstentum Neuchâtel und die politischen Beziehungen der Könige in Preußen (1707–1806), Köln u. a. 2015.

<sup>6</sup> Vgl. hierzu die ausführliche Darstellung, unter Einbeziehung der polnischsprachigen Forschung, von ANTONI MAĆZAK: Ungleiche Freundschaft. Klientelbeziehungen von der Antike bis zur Gegenwart, Osnabrück 2005, S. 172–210. Zu einzelnen Detailforschungen vgl. beispielsweise GOTTFRIED SCHRAMM: Patronage im Staat, Patronage an Stelle des Staats, in: ANTONI MAĆZAK (Hrsg.): Klientelsysteme im Europa der Frühen Neuzeit, München 1988, S. 153–158; ZOFIA ZIELIŃSKA: Magnaten und Adel im politischen Landleben Polen-Litauens des 18. Jahrhunderts, ebenda, S. 203–210. Zu den Hintergründen der „Klientelisierung“ als Strukturproblem des politischen Handelns in Polen-Litauen vgl. auch HANS-JÜRGEN BÖMELBURG: Politische Öffentlichkeit und Verfassung zwischen Königsherrschaft, Oligarchie und Adelsrepublikanismus, in: Polen in der europäischen Geschichte. Ein Handbuch in vier Bänden. Bd. 2: Frühe Neuzeit, hrsg. von DEMS., Stuttgart 2017, S. 369–396.

<sup>7</sup> Vgl. die Darstellung für die Zeit des 16. Jahrhunderts und der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts von ALMUT BUES: Patronage fremder Höfe und die Königswahlen in Polen-Litauen, in: WINDLER/VON THIESSEN, Nähe in der Ferne (wie Anm. 5), S. 69–85. Zum zitierten Begriff vgl. S. 81.

<sup>8</sup> Zu den Details der Unterstützung des französischen Kandidaten François Louis de Bourbon vgl. z. B. PHILIP MANSEL: King of the World. The Life of Louis XIV, London 2019, S. 371–373.

Im Folgenden soll gezeigt werden, wie sich die potentielle Vergabe der Königskrone von Polen-Litauen als russische Patronagegabe, d. h. als Vergabe unter expliziter russischer Protektion, zu einem bedeutenden Bestandteil der politischen Strategien des Moskauer Reiches nach dem Altranstädter Friedensabkommen entwickelte. Dieses Abkommen, das zunächst im September 1706 nur von den sächsischen Unterhändlern unterzeichnet wurde und erst im Januar 1707 durch August II., beinhaltete als Prämisse für den Abzug der schwedischen Truppen aus Sachsen den Verzicht Augusts auf die Krone und damit die Anerkennung von Stanisław Leszczyński als König von Polen-Litauen sowie die Beendigung der Kooperation mit dem Moskauer Reich. Die Initiativen, die innerhalb dieser neu entstandenen Situation Zar Peter I. sowie sein Gesandter in Wien unternahmen, zielten darauf ab, die Isolation aufzubrechen und Bündnispartner im Krieg gegen Schweden zu gewinnen. Eine Initiative beabsichtigte, auf dem aus der Perspektive Peters I. vakant gewordenen polnischen Thron einen Prätendenten unter russischer Protektion zu etablieren.

Zu den von Peter I. favorisierten Kandidaten für den polnischen Thron zählten Eugen von Savoyen, Franz II. Rákóczi und Johann Wilhelm Friso, Fürst von Nassau. Die Benennung von bündnisstrategischen Motiven in diesem Zusammenhang ist innerhalb der Forschung selbstverständlich nicht neu. So wird die Offerte gegenüber dem in kaiserlichen Diensten stehenden Eugen von Savoyen vor allem unter dem Gesichtspunkt von Peters Ambitionen behandelt, den Kaiser als Verbündeten im Krieg gegen Schweden zu gewinnen.<sup>9</sup> Hinsichtlich des Angebots an den Siebenbürgener Fürsten Franz II. Rákóczi, den Anführer des ungarischen Aufstandes gegen das Haus Habsburg, werden zwei Motive geltend gemacht: Zum einen wird die Offerte im Kontext einer möglichen Rolle Peters I. gesehen, als Mediator und Friedensstifter zwischen den beiden Parteien zu fungieren – und damit vom Kaiser eine Gegenleistung einfordern zu können. Zum anderen war für Peter I. die Verbindung Rákóczis zu Ludwig XIV. von Interesse – einem weiteren potentiellen Verbündeten.<sup>10</sup> Ein entsprechendes Angebot gegenüber Johann Wilhelm Friso ging wohl auf eine Initiative des russischen Gesandten am kaiserlichen Hof, Heinrich von Huyssen, zurück. Wie Svetlana Korzun herausstellt, bot Friso als Gegenleistung für den polnischen Thron an, seinen Anspruch auf Lehen im Heiligen

<sup>9</sup> Zu einer möglichen Kandidatur von Eugen von Savoyen vgl. vor allem ALFRED VON ARNETH: Prinz Eugen von Savoyen, nach den handschriftlichen Quellen der kaiserlichen Archive. Bd. 1: 1663–1707, Wien 1858, Neudruck Osnabrück 1978, S. 420–423.

<sup>10</sup> Zur Offerte gegenüber Franz II. Rákóczi vgl. die sehr detaillierten Ausführungen von J. PERÉNYI: Zur Entstehungsgeschichte des Warschauer Vertrages vom Jahre 1707. Die Anfänge der ungarisch-russischen Beziehungen während des ungarischen Freiheitskampfes von 1703–1711, in: FRANZ ZAGIBA (Hrsg.): Das östliche Mitteleuropa in Geschichte und Gegenwart. Acta Congressus historiae Slavicae Salisburgensis in memoriam SS. Cyrilli et Methodii anno 1963 celebrati, Wiesbaden 1966, S. 170–191; vgl. ebenso GÁBOR KISS: Franz II. Rákóczi, Peter der Große und der polnische Thron (um 1707), in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 13 (1965), 3, S. 344–360.

Römischen Reich dem Zaren zu überlassen.<sup>11</sup> Diese unterschiedlichen Initiativen Peters I., unter seiner Protektion einen Prätendenten für den polnischen Thron zu stellen, wurden in der Forschung bisher größtenteils separat behandelt, eine Analyse unter dem Gesichtspunkt einer russischen Patronagegabe stellt bisher ein Desiderat dar.

Die Akkreditierung von Johann Christoph von Urbich im Juni 1707 als russischer Gesandter in Wien (und damit die Ablösung Heinrich von Huysens) erfolgte zu einem Zeitpunkt, als die Bemühungen Peters I. um die Inthronisierung eines Gegenkönigs zu Stanisław Leszczyński ins Stocken gerieten: Abgesehen von der Kandidatur von Johann Wilhelm Friso, die von Peter I. jedoch nicht lange verfolgt wurde, hatte der Zar weder von Eugen von Savoyen noch von Franz II. Rákóczi eine klare Zusage erhalten. Ein diplomatischer Strategiewechsel sollte nun auf Basis der Ressourcen des erfahrenen Diplomaten Urbich ermöglicht werden.

Die Diskrepanz zwischen den hohen Erwartungen des Zaren und den durch die Realpolitik gesetzten Grenzen katapultierte den neuen russischen Gesandten in eine Situation, in der die eigenen Netzwerke für eigene Initiativen genutzt wurden, um gegenüber dem Dienstherrn zumindest einen Teilerfolg vorweisen zu können. Vor diesem Hintergrund sind die diplomatischen Aktivitäten des Gesandten einzuordnen und zu bewerten, mit Hilfe der eigenen Netzwerke, insbesondere zum kursächsischen Hof, die polnische Krone als russische Patronagegabe zu etablieren. Aus einem sich komplex entwickelnden Beziehungsgeflecht mit den sächsischen Diplomaten, in das Korrespondenzen mit dänischen Diplomaten und polnischen Magnaten mit einbezogen sind<sup>12</sup>, soll im Folgenden der in diesem Rahmen entstandene Kontakt Urbichs mit Jan Szembek, dem Vizekanzler von August II. und Mitglied der Konföderation von Sandomir, analysiert werden.<sup>13</sup> Aus der Perspektive des Diplomaten ergeben sich aus dieser Konstellation multiple Loyalitätsbeziehungen, die

---

<sup>11</sup> Als Überblicksdarstellung zu den drei genannten Kandidaten vgl. SVETLANA KORZUN: Heinrich von Huysens (1666–1739). Prinzenerzieher, Diplomat und Publizist in den Diensten Zar Peters I., des Großen, Wiesbaden 2013, S. 148–153, die auf S. 149 die zwischenzeitlich in Betracht gezogene Kandidatur von Johann Wilhelm Friso erwähnt.

<sup>12</sup> Nicht eingegangen wird hier auf die zeitgleich und gemeinsam unternommenen diplomatischen Bemühungen der sächsischen Diplomaten und Urbichs, den erneuten Eintritt Dänemarks in den Großen Nordischen Krieg zu erreichen. Diese Bestrebungen erbrachten schließlich das gewünschte Ergebnis: Ein Defensiv- und Offensiv-Vertrag zwischen dem Kurfürstentum Sachsen und Dänemark wurde im Juli 1709 in Dresden unterzeichnet, zwischen dem Moskauer Reich und Dänemark im Oktober 1709 in Kopenhagen.

<sup>13</sup> Die Grundlage für die Analyse stellen ca. 50 Briefe von Jan Szembek dar, die sich in dem von der Forschung bisher nicht ausgewerteten Nachlass von Johann Christoph von Urbich befinden: Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Standort Wernigerode. Depositum Graf von Zech-Burkersroda. Gutsarchiv Goseck (LSA Wernigerode), H. 82 N. 958 und N. 968. Ich danke dem Eigentümer des Depositums, Graf Georg von Zech-Burkersroda, für die Genehmigung zur Einsichtnahme.

zeitlich befristet, aber simultan zur Loyalitätsbindung gegenüber dem eigentlichen Dienstherrn bestanden. Diese Situation Urbichs soll in einem letzten Schritt diskutiert werden.

## 1 Die polnische Königskrone als russische Patronagegabe?

Die im März 1700 geschaffene Dreierallianz zwischen dem Moskauer Reich, Dänemark sowie den in Personalunion regierten Monarchien Sachsen und Polen hatte mit ihrer militärischen Offensive im schwedischen Teil Livlands den Großen Nordischen Krieg (1700–1721) eingeläutet. Den Hintergrund für diese Allianz bildeten Bestrebungen, sich gegen die seit Ende des Dreißigjährigen Krieges herrschende Vormachtstellung Schwedens im Ostseeraum zu behaupten. Stand dabei für Peter I. ein freier Zugang zu Ostseehäfen im Vordergrund, so strebte August II. als König von Polen die Rückeroberung des einst polnischen Livlands an. Dänemark begann im März 1700, die Gottorfer Anteile der Herzogtümer Schleswig und Holstein zu besetzen. Der Herzog von Gottorf stand in einer Allianz mit Schweden. Schwedische Truppen marschierten daraufhin in Seeland ein und belagerten Kopenhagen. Im August 1700 sah sich Dänemark genötigt, die antischwedische Koalition zu verlassen und einen Separatfrieden mit Schweden einzugehen. Nach dem Friedensabkommen von Altranstädt stand Peter I. nicht nur den schwedischen Angriffen isoliert gegenüber, sondern Karl XII. intensivierte darüber hinaus auch seine Vorbereitungen für einen Angriff auf das Moskauer Reich, in dem außerdem Unruhen aufgrund von Steuererhöhungen ausgebrochen waren. In der diplomatischen Korrespondenz der übrigen europäischen Großmächte wurde diese innere Instabilität des Moskauer Reiches durchaus zur Kenntnis genommen.<sup>14</sup> Mögliche Chancen Peters I. auf einen militärischen Erfolg gegen Karl XII. wurden als gering eingeschätzt, insofern erschien eine antischwedische Allianz mit dem Zaren als riskant. Die im Februar 1707 erfolgte Anerkennung Stanisław Leszczyński als König von Polen-Litauen durch Kaiser Joseph I.<sup>15</sup> verschärfte die politische Isolierung Peters I. weiter.

<sup>14</sup> Vgl. die ausführliche Darstellung bei PAUL BUSHKOVITCH: *Peter the Great. The Struggle for Power, 1671–1725*, Cambridge 2001, S. 255–267. Zu einem vergleichbaren Ergebnis gelangt auch WALTHER MEDIGER: *Mecklenburg, Rußland und England-Hannover 1706–1721. Ein Beitrag zur Geschichte des Nordischen Krieges*, Hildesheim 1967, S. 72 f., aufgrund einer Analyse der militärischen Situation. KORZUN (wie Anm. 11), S. 153, kommt hingegen zu der Schlussfolgerung, dass die Bemühungen Peters I., einen Thronkandidaten nach seinen Wunschvorstellungen aufzustellen, von seinem „außergewöhnlichen Selbstbewußtsein“ zeugten, und spricht von einem „einzigartige[n] Zeitfenster“, das sich Peter I. geöffnet habe, als sich die schwedischen Truppen in Sachsen befanden.

<sup>15</sup> Vgl. die Erwähnung bei MAX BRAUBACH: *Prinz Eugen von Savoyen. Eine Biographie*, Bd. 2, München 1964, S. 187.

Angesichts der europäischen Zurückhaltung intensivierte Peter I. seine Suche nach einer diplomatischen Lösung zur Beendigung des Krieges. Diese Bemühungen lassen sich im Wesentlichen in zwei Strategien zusammenfassen. Ein Ansatz bestand darin, über Truppenangebote bzw. über ein Offensivbündnis den Beitritt des Moskauer Reiches zur Haager Großen Allianz zu bewerkstelligen. Erfolgte dieser Zusammenschluss der Seemächte und des Heiligen Römischen Reiches zu Beginn des Spanischen Erbfolgekriegs (1701–1714) als Allianz gegen Ludwig XIV., so stellte sie 1707 die inoffizielle Garantiemacht für die Einhaltung des Altranstädter Friedensabkommens dar. Sowohl die Seemächte als auch der Kaiser waren hierfür einzeln als Garanten aufgeführt und damit gegenüber Schweden im Kontext des Großen Nordischen Krieges zur Neutralität verpflichtet. Die Gefahr einer militärischen Verflechtung dieser beiden Kriege war damit bis auf weiteres gebannt.<sup>16</sup> Peter I. versprach sich durch Truppen- bzw. Bündnisangebote gegenüber einzelnen Fürstenhäusern innerhalb des Heiligen Römischen Reiches als Gegenleistung Unterstützung für künftige Friedensverhandlungen mit Schweden. Eine Allianz zwischen dem Moskauer Reich und einem Fürstenhaus des Heiligen Römischen Reiches hätte die im Altranstädter Friedensabkommen festgehaltene Garantieverpflichtung für den Status quo in Frage stellen können. Ein weiterer gewichtiger Punkt für die kaiserliche Zurückhaltung gegenüber einer gegen Schweden gerichteten Initiative beruhte auf der Tatsache, dass der schwedische König als Lehensnehmer innerhalb des Heiligen Römischen Reiches sowohl im Reichstag, im Fürstenrat wie auch in vier Reichskreisen vertreten war. Aufgrund der hohen Anzahl von Voten gehörte der schwedische König zu den größten Lehensnehmern innerhalb des Heiligen Römischen Reiches.<sup>17</sup>

Der zweite Ansatz, den Peter I. auf diplomatischem Weg verfolgte, war, ein politisches Gegengewicht zu Schweden aufzubauen. Hierzu zählten die Bemühungen, über eine dynastische Verbindung zu einem deutschen Fürstenhaus indirekten Einfluss auf die Politik des Heiligen Römischen Reiches zu gewinnen. Ein Beispiel stellen die 1707/08 geführten Verhandlungen mit dem Haus Mecklenburg-Schwerin dar; die Schwester des Herzogs, Sophie Luise,

---

<sup>16</sup> PERÉNYI (wie Anm. 10), S. 173, weist bereits 1966 darauf hin, dass die beiden Kriege, obgleich in der Forschung im Allgemeinen als parallel verlaufend betrachtet, von einem gesamteuropäischen Standpunkt aus gesehen kaum als voneinander isolierte Ereignisse zu bewerten seien.

<sup>17</sup> Vgl. hierzu DOROTHÉE GOETZE: Desintegration im Ostseeraum – Integration ins Reich? Die Vertretung der schwedischen Herzogtümer beim Immerwährenden Reichstag während des Großen Nordischen Krieges (1700–1721) am Beispiel des Corpus Evangelicorum, in: BEATE-CHRISTINE FIEDLER, CHRISTINE VAN DEN HEUVEL (Hrsg.): Friedensordnung und machtpolitische Rivalitäten. Die schwedischen Besitzungen in Niedersachsen im europäischen Kontext zwischen 1648 und 1721, Göttingen 2019, S. 126–148, hier S. 129 f.

sollte mit dem russischen Kronprinzen Aleksej vermählt werden.<sup>18</sup> Ein weiteres Beispiel sind die ebenfalls bereits 1707 begonnenen und letztlich erfolgreichen Verhandlungen mit dem Haus Braunschweig-Wolfenbüttel. So erfolgte 1711 die Eheschließung zwischen Aleksej und Charlotte Christine von Braunschweig-Wolfenbüttel.<sup>19</sup>

In diesem Kontext, politischen Einfluss aufzubauen, können auch die verschiedenen Initiativen Peters I. zusammengefasst werden, einen eigenen Kandidaten als Gegenkönig zu Stanisław Leszczyński zu installieren. Peter I. ergriff die Rolle des Patrons für die polnische Opposition, d. h. im Besonderen für die Konföderierten von Sandomir. In dieser Konföderation, die sich im Mai 1704 konstituiert hatte, war jener Teil des polnischen Adels versammelt, der das von Karl XII. ausgerufene Interregnum und die damit verbundene Kandidatur von Stanisław Leszczyński im Februar 1704 nicht akzeptiert hatte.<sup>20</sup> Führende Vertreter dieser Konföderation hatten die Wahl des sächsischen Kurfürsten unterstützt – und gehörten somit zum Klientelverband Augusts II. Beiden gemeinsam, den Konföderierten von Sandomir und Peter I., galt nach dem erzwungenen Verzicht Augusts II. der polnische Thron als vakant. Die Rolle des Patrons für die antischwedische Fraktion innerhalb des polnischen Adels bot Peter I. die Möglichkeit, als Gegenpatron zu Karl XII. aufzutreten.

## 2 Die Präsentation der Kandidaten durch Peter I.

Im Februar 1707 wurden von Peter I. über von Huysen in Wien etwa zeitgleich Verhandlungen mit Eugen von Savoyen und Johann Wilhelm Friso aufgenommen, mit dem Ziel, den Konföderierten von Sandomir einen Thronprätendenten zu präsentieren. Wie die Korrespondenz mit seinem Gesandten zeigt, favorisierte Peter I. die Kandidatur von Eugen von Savoyen. Auf der Versammlung der Konföderierten Ende Februar 1707 in Lemberg hatte Peter I. zunächst russische und polnische Kandidaten vorgeschlagen: zum

<sup>18</sup> Vgl. MEDIGER (wie Anm. 14), S. 66–73. Mediger verweist in seiner Darstellung vor allem auf das strategische Motiv Peters I., über eine dynastische Verbindung mit dem Haus Mecklenburg-Schwerin den russischen Einfluss im Ostseeraum auszuweiten, vgl. ebenda, S. 72 f. Zur Eheschließung im Jahr 1716 zwischen dem Herzog von Mecklenburg-Schwerin, Karl Leopold, und der Nichte Peters I., Katharina Ivanovna, vgl. die Erwähnung bei KARL OTMAR VON ARETIN: *Das alte Reich 1648–1806*, Bd. 2, 4. Aufl., München 1997, S. 256 f.

<sup>19</sup> Vgl. hierzu z. B. SVETLANA ROMANOVNA DOLGOVA: *Das Heiratsprojekt zwischen dem Zarewitsch Aleksej und Prinzessin Charlotte*, in: *Braunschweigische Fürsten in Russland in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts / Braunšvejgskie knjaz'ja v Rossii v pervoj polovine XVIII veka*, Göttingen [1998], S. 24–91, und KORZUN (wie Anm. 11), S. 39–41.

<sup>20</sup> Zu Einzelheiten vgl. z. B. KLAUS ZERNACK: *Nordosteuropa. Skizzen und Beiträge zu einer Geschichte der Ostseeländer, Lüneburg* 1993, S. 175.

einen seinen Sohn Aleksej, bzw. seinen Vertrauten Aleksandr D. Menšikov, zum anderen aus den Reihen der Mitglieder der Konföderation den Kronprinzen Jakob Sobieski, Sohn Johanns III. Sobieski.<sup>21</sup> Nachdem für keinen der Kandidaten eine Mehrheit hatte gefunden werden können, ließ er Eugen von Savoyen aufstellen. Die Kandidatur wurde schließlich nach langen Verhandlungen durch die Mitglieder der Konföderation gebilligt, was sich Peter I. eidlich bestätigen ließ.<sup>22</sup> Vertraglich verpflichtete sich der Zar, die polnischen Freiheitsrechte zu verteidigen. Dies bedeutete nichts anderes, als dass der Zar mit Billigung der Konföderierten einen Gegenkönig zu Stanisław installieren würde. Die potentielle russische Patronagegabe sowie der Klientenstatus der Konföderierten waren damit vertraglich festgehalten. Die Antwort von Eugen von Savoyen auf das Angebot war zunächst zurückhaltend, die endgültige Ablehnung erfolgte vermutlich im August 1707.<sup>23</sup> Auf Grundlage der bisher bekannten Quellen lässt sich über die Beweggründe Eugens, auf die Kandidatur zu verzichten, nur mutmaßen, eine gewichtige Rolle dürfte sein Dienstverhältnis zum römisch-deutschen Kaiser gespielt haben. Die Aufstellung eines in kaiserlichen Diensten stehenden Thronprätendenten unter russischer Patronage hätte die Aufgabe der kaiserlichen Zurückhaltung im Großen Nordischen Krieg zur Folge gehabt.

Die parallel verlaufenden Verhandlungen mit Johann Wilhelm Friso, dem Fürsten von Nassau, verliefen zunächst erfolgreicher, er signalisierte bereits im März seine Zusage. Es ist anzunehmen, dass es sich hierbei um persönliche Verhandlungen zwischen Johann Wilhelm Friso und dem Zaren gehandelt hat. Den Fürsten von Nassau als Kandidaten auszuwählen, dürfte auf einen Vorschlag von Huyssens zurückgegangen sein, was sich daraus erschließt, dass sich Peter I. bei ihm nach Johann Wilhelms Religionszugehörigkeit, Dienstverhältnis usw. erkundigte.<sup>24</sup> Diese Unkenntnis über Situation

<sup>21</sup> Vgl. KISS (wie Anm. 10), S. 354.

<sup>22</sup> Nicht nur die eidliche Bestätigung, auch die Tatsache, dass die Kontaktaufnahme zu dem potentiellen Kandidaten, vor Beginn der Versammlung der Konföderierten in Lemberg, Ende Februar 1707 erfolgte, erschließt sich aus Peters Schreiben an Heinrich von Huyssen vom 29.03.(alten Stils)1707, in: Pis'ma i bumagi Imperatora Petra Velikogo [Briefe und Schriften Kaiser Peters des Großen] (PiB), Bd. 1–13,2, Sankt Petersburg u. a. 1887–2003, hier Bd. 5, S. 160–163: „Ausz Euer Schreiben vom 19. Martij haben Wir unter andern die inclination des Princen Eugeni zur Annehmung der Polnischen Crohn verstanden“. VON ARNETH (wie Anm. 9), S. 420, nimmt eine entsprechende Kontaktaufnahme zum kaiserlichen Hof bzw. zu Eugen von Savoyen erst ab April 1707 an.

<sup>23</sup> BRAUBACH (wie Anm. 13), S. 205; vgl. auch VON ARNETH (wie Anm. 9), S. 422, der eine Korrespondenz vom Juli 1707 zitiert, welche die Möglichkeit einer Verschiebung der Kandidatur bis Winter 1707 offenlässt, d. h. bis zum völligen Abzug der schwedischen Truppen aus Kursachsen. Vgl. auch KORZUN (wie Anm. 11), S. 152.

<sup>24</sup> Peter I. an Huyssen vom 29.03.(a. St.)1707, in: PiB, Bd. 5, S. 160–163: „Doch damit Wir einen Candidaten gewis zu der Polnischen Crohn haben möchten, so habt Ihr auch ins geheim den Prince von Nassou zu versuchen (von welchen Ihr gemeldet, das er die Crohn verlanget), dasz Wir ihm dazu auch ohne dehm Versprechen, so er Unsz mit Ce-

und Status des Nassauischen Kandidaten kann als Beleg dafür gewertet werden, dass es Peter I. im März 1707 vorrangig darum ging, in jedem Fall für die Ende Mai stattfindende nächste Versammlung der Konföderierten einen Kandidaten präsentieren zu können. Die Installierung eines „Gegenkönigs“ mittels russischer Patronage sollte in dem russisch-schwedischen Konflikt ein Zeichen setzen.<sup>25</sup>

Die Versammlung der Sandomirer Konföderation von Ende Mai bis Juni 1707 in Lublin fand ebenfalls in Anwesenheit von Peter I. statt und sollte nun der freien Königswahl dienen. Ungeachtet seines nach wie vor vorhandenen Interesses an einer Kandidatur Eugens von Savoyen verfolgte Peter das Ziel, eine Kandidatur des Siebenbürgener Fürsten Franz II. Rákóczi zu realisieren, der den ungarischen Aufstand gegen das Haus Habsburg anführte. Im Frieden von Karlowitz (1699) zwischen der Heiligen Liga und dem Osmanischen Reich war der Transfer des Königreichs Ungarn und Siebenbürgens in das Herrschaftsgebiet des Hauses Habsburg beschlossen worden. Ein Großteil des ungarischen Adels lehnte diese Entwicklung ab und kämpfte seit 1700 gegen die kaiserlichen Truppen. 1704 gelang es den ungarischen Verbänden sogar, bis kurz vor Wien vorzudringen. Rákóczi unterhielt nicht nur zu Karl XII. gute Verbindungen, auch Ludwig XIV. unterstützte ihn finanziell und mit militärischen Beratern. Von der Installierung Rákóczis als Anwärter auf den Thron Polen-Litauens unter russischer Patronage versprach sich der Zar, unter seinen Bedingungen Friedensverhandlungen zwischen dem ungarischen Adel und dem Kaiser vermitteln und als Gegenleistung dessen Unterstützung im Krieg gegen Schweden einfordern zu können.

Auf der Versammlung in Lublin ließ Peter I. zunächst einen Kandidaten aus dem Kreis der polnischen Magnaten aufstellen. Nachdem sich die Versammlung auf Adam M. Sieniawski geeinigt hatte, zog dieser, gemäß einer geheimen Absprache mit dem Zaren, seine Kandidatur zu Gunsten von Rákóczi zurück. Rákóczi selbst war nicht anwesend und hatte sich bis zu diesem Zeitpunkt gegenüber den russischen Unterhändlern über eine mögliche Annahme einer Kandidatur bedeckt gehalten. Die auf diesem Weg erfolgte Aufstellung von Rákóczi wurde von den Konföderierten akzeptiert. Im Anschluss erfolgte die von Peter I. bereits im Februar vergeblich geforderte offizielle Ausrufung des Interregnums.<sup>26</sup> Ende Juli 1707 willigte Rákóczi in die Kandi-

---

dirung seiner Provinzen thut, verhelfen wollen, [...] Ihr habt also darauf zu sehen, dass wann der Prince Eugeni sich weigern möchte die Crohn anzunehmen, das solchefals dieser Prince von Nassou oder ein ander Candidat parat sey zur königlichen Wahl, worinnen Ihr euch aus alen Kräfte vor alle andere affaires zu bearbeiten habt, auch Uns zu berichten, von welcher Linie und Religion dieser Prince von Nassou ist und in was für Diensten oder condition er anitzo steht.“

<sup>25</sup> Lohnenswert erscheinen weitere Quellenforschungen, um zu klären, weshalb die Kandidatur des Fürsten Nassau nicht weiter verfolgt wurde.

<sup>26</sup> Der sächsische Kurfürst wurde darüber informiert, dass er mit seiner einseitigen Abdankung gegen die *Pacta Conventa* verstoßen habe und deshalb von den Konföde-

datur ein.<sup>27</sup> Gleichzeitig ließ er Karl XII. über den französischen Gesandten Johann Viktor Besenval mitteilen, dass im Falle seiner Ablehnung Eugen von Savoyen als Kandidat des Zaren aufgestellt werde und dass er selbst zu Gunsten schwedischer Interessen in künftigen russisch-schwedischen Friedensverhandlungen seine Kandidatur gegebenenfalls zurückziehen könne. Der Vertrag, der die Kandidatur Rákóczis für die polnische Königswahl mit der Garantie finanzieller und militärischer Unterstützung der Krone durch Peter I. festlegte, wurde am 4./15. September 1707 in Warschau unterzeichnet.<sup>28</sup> Die Königswahl selbst sollte erst vier Monate später stattfinden. Diese Frist kam vor allem dem ungarischen Bestreben entgegen, bis zur Königswahl Fakten zu schaffen, die es Rákóczi ermöglichen sollten, sich nicht zwischen der Patronage Karls XII. bzw. Ludwigs XIV. auf der einen Seite und der des Zaren auf der anderen Seite entscheiden zu müssen. Dementsprechend schlug Rákóczi Karl XII. vor, über französische Vermittlung die Anerkennung Stanisław Leszczyńskis als König von Polen durch den Zaren, die Vergabe des ungarischen Throns an den unter Reichsacht stehenden bayerischen Kurfürsten Maximilian II. Emanuel und für sich selbst als Fürst von Siebenbürgen eine Garantie der genannten Mächte zu erreichen.

Die entscheidende Voraussetzung für die Umsetzung dieses Vorschlags wäre demnach die Beendigung der russisch-schwedischen Kriegshandlungen gewesen. Aus dem Vertragstext geht hervor, dass man sich von russischer Seite mit der Wahl des eigenen Klienten Rákóczi zum König von Polen nicht nur den Einfluss in Polen sowie auf die ungarischen Aufständischen sichern wollte, sondern auch Verhandlungen zur Beendigung des Krieges erhoffte. So floss zumindest hinsichtlich einer möglichen Vermittlung durch die genannten Personen – Ludwig XIV. und Maximilian II. Emanuel – Rákóczis Vorschlag in den Vertragstext mit ein.<sup>29</sup> Zum Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung, im September 1707, begann der Abzug der schwedischen Truppen aus Kursachsen. Möglicherweise führte diese neue Situation dazu, dass beide Parteien den Vertrag auf sich beruhen ließen.

---

rierten nicht mehr als rechtmäßiger König anerkannt werde; vgl. die Erwähnung in PERÉNYI (wie Anm. 10), S. 185.

<sup>27</sup> Zur Kontaktaufnahme des Zaren mit Rákóczi hinsichtlich einer Kandidatur für die polnische Krone vgl. PiB, Bd. 5, S. 591 ff.; vgl. ebenso KISS (wie Anm. 10), S. 351.

<sup>28</sup> Zu den Einzelheiten vgl. KISS (wie Anm. 10), S. 354 f., und PERÉNYI (wie Anm. 10), S. 182–186.

<sup>29</sup> Zur russischen Fassung des Vertragstextes vgl. PiB, Bd. 6, S. 73–80. Zur Quelle der ungarischen Fassung vgl. PERÉNYI (wie Anm. 10), S. 190 f.

### 3 Versuch eines Strategiewechsels und die Installierung eines neuen Gesandten

Heinrich von Huyssen war erst seit 1705 russischer Gesandter in Wien<sup>30</sup> und wurde in dieser Funktion im Juni 1707 von Johann Christoph von Urbich abgelöst. Diese Ablösung ging, wie bereits erwähnt, mit dem Versuch Peters I. einher, die Akzente seiner diplomatischen Bemühungen anders zu setzen. In den Vordergrund sollen nun direkte Verhandlungen mit dem kaiserlichen Hof über einen Beitritt in die Haager Große Allianz treten.

Johann Christoph von Urbich erschien aufgrund seiner langjährigen diplomatischen Erfahrung sowie seiner seit mehr als 15 Jahren andauernden Verortung in Wien offenbar als geeigneter Vermittler zum kaiserlichen Hof. Zum Zeitpunkt seiner Einstellung in russische Dienste hatte er den Status eines außerordentlichen Gesandten im Dienste des dänischen Hofes, den eines informellen Klienten im Dienste des Wolfenbütteler Herzogs Anton Ulrich sowie den eines (Titular-)Reichshofrats. Seine Nobilitierung als Reichsfreiherr, 1705, war zeitgleich mit der Ernennung zum Reichshofrat erfolgt.<sup>31</sup> Eine Aus-

<sup>30</sup> Huyssen war 1703 in russische Dienste getreten, wo er auch nach seiner Demission als Gesandter verblieb. Zu biografischen Details vgl. KORZUN (wie Anm. 11), S. 25–33 sowie S. 144 f.

<sup>31</sup> Die diplomatische Laufbahn von Johann Christoph von Urbich (1653–1715) lässt sich vorwiegend aufgrund seines Nachlasses belegen (vgl. Anm. 12): Aus Thüringen stammend, hatte Urbich seine diplomatische Karriere 1676/77 als Sekretär am Hof von Sachsen-Weimar begonnen, über Stationen an verschiedenen Höfen wurde er 1691 zum dänischen Gesandten in Wien ernannt. Maßgeblich beteiligt war er an der Arrangierung der Ehe zwischen Elisabeth Christine von Wolfenbüttel und Erzherzog Karl, dem späteren Kaiser Karl VI. Hinsichtlich Urbichs langjähriger diplomatischer Tätigkeiten für den Wolfenbütteler Herzog Anton Ulrich vgl. die Korrespondenz Anton Ulrichs 1696–1714 (LSA Wernigerode, H 82 N. 895). Dass Urbich 1707 auch in dänischen Diensten stand, als außerordentlicher Gesandter, belegt seine Korrespondenz mit dem dänischen Gesandten für Kursachsen, Thomas Balthasar von Jessen (LSA Wernigerode, H 82 N. 927). Kaiserliche Aufträge, auch bereits vor seiner Ernennung zum Reichshofrat, innerhalb des Heiligen Römischen Reiches lassen sich ebenfalls durch eine Reihe von Korrespondenzen belegen (ebenda, H 82 N. 1036, N. 1086, N. 1147). Zu Urbichs Ernennung zum (Titular-)Reichshofrat und zu seiner Nobilitierung im September 1705 vgl. Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien (HHStA), AT-OeSt/AVA Adel RAA 433.4. Zu der teilweise erfolgten Veröffentlichung seiner Korrespondenz mit Gottfried Wilhelm Leibniz vgl. W[OLDEMAR] GUERRIER: Leibniz in seinen Beziehungen zu Russland und Peter dem Großen. Eine geschichtliche Darstellung dieses Verhältnisses nebst den darauf bezüglichen Briefen und Denkschriften, St. Petersburg – Leipzig 1873. Vgl. GOTTFRIED WILHELM LEIBNIZ: Sämtliche Schriften und Briefe. Hrsg. von der Forschungsstelle Hannover der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen. Reihe I: Allgemeiner politischer und historischer Briefwechsel. Bd. 5: 1687–1690, bearb. von KURT MÜLLER und ERIK AMBURGER, Berlin 1954; Bd. 25: August 1705 – April 1706, bearb. von MALTE-LUDOLF BABIN, GERD VAN DEN HEUVEL u. a., Berlin – Boston 2017. Vgl. REGINA STUBER: Ein unbekannter Leibniz-Brief vom November 1688 an den hannoverschen Kammersekretär Johann Christoph Urbich und

wertung der Korrespondenz Urbichs mit dem russischen Hof im Zusammenhang mit seiner Akkreditierung als russischer Gesandter veranschaulicht, welche hohen Wert Urbichs langjährige Verortung in Wien sowie seine Vernetzung für Peter I. darstellten.

Urbichs eigenes Empfehlungsschreiben von Anfang Juni 1707 für seine Aufnahme in russische Dienste wurde Bestandteil der Resolution, die seine Aufgaben regelte.<sup>32</sup> Dieses Empfehlungsschreiben bzw. seine „puncta“, wie Urbich selbst sie nennt, beinhaltet eine Art Maßnahmenkatalog, dessen Umsetzung letztlich zum Eintritt des Moskauer Reiches in die Haager Große Allianz führen sollte. Grundlage für Urbichs diverse Vorschläge waren vor allem seine Kontakte zum dänischen, sächsischen, Wolfenbütteler und kaiserlichen Hof, die im Kontext des jeweiligen Vorschlags auch explizit genannt werden.

Die erwähnte Resolution Peters I. hingegen setzt vorrangig auf direkte Verhandlungen mit dem kaiserlichen Hof, entsprechend wurden die Prioritäten aus Urbichs „puncta“ nur in geänderter Form darin aufgenommen. Peter erhofft sich kurzfristig diplomatische Erfolge. Unternehmungen, die auf einen längerfristigen Zeitrahmen ausgerichtet sind, so beispielsweise Urbichs Vorschlag, zwei vakante Fürstentümer im Heiligen Römischen Reich als Lehensnehmer zu erwerben, werden nicht verfolgt. Von Urbichs Informationsnetzwerken sowie seinen guten Kontakten zum kaiserlichen Hof verspricht sich Peter I. die Möglichkeit, zeitnah in direkte Bündnisverhandlungen mit dem Kaiser eintreten zu können. Peter I. war der Ansicht, hierdurch in Bezug auf mögliche Vorbereitungen Karls XII., in den schwelenden Konflikt zwischen den Protestanten in Schlesien und dem Kaiser militärisch einzugreifen, einen Informationsvorsprung gegenüber dem kaiserlichen Hof zu erlangen.<sup>33</sup> Das Angebot Peters an den kaiserlichen Hof, von seinen exklusiven Informations-

---

seine Einbettung in den Kontext der Beziehungen des hannoverschen Hofes mit Wien, in: *Studia Leibnitiana* 49 (2017), 2, S. 201–223.

<sup>32</sup> Zu Urbichs Empfehlungsschreiben, übergeben am 01./11.06.1707 an Peter I., vgl. LSA Wernigerode, H 82 N. 1028, Bl. 19–22, zum Datum der Überreichung an Peter I. vgl. Bl. 22. Zur Resolution von Peter I. für Urbich vom 08.06.(a. St.)1707 vgl. ebenda, Bl. 13–18, geheftet; Bl. 13–15 in russischer Sprache mit eigenhändiger Unterschrift von Peter I., Bl. 16–18 in deutscher Übersetzung mit Unterschrift von Petr P. Šafirov. Auf Bl. 18 von Urbich vermerkt: „Resolution auf die inliegende von mir I<sup>r</sup> Cz<sup>en</sup> M<sup>t</sup> übergebenen puncta Ihr eigenes Interesse betr.“

<sup>33</sup> Zu den Hintergründen und insbesondere zur Altranstädter Konvention vgl. z. B. JOACHIM BAHLCKE: „Turbulatores tranquillitatis publicae?“ Zur Frage der Religionsfreiheit für die Reformierten in Schlesien im Umfeld der Altranstädter Konvention von 1707, in: DERS., IRENE DINGEL (Hrsg.): *Die Reformierten in Schlesien. Vom 16. Jahrhundert bis zur Altpreußischen Union von 1817*, Göttingen 2016, S. 205–246, hier S. 224–246 sowie insbesondere S. 224, Anm. 70.

kanälen profitieren zu können, sollte eine Kooperation unumgänglich erscheinen lassen.<sup>34</sup>

Hierzu parallel und ebenfalls mit dem Ziel, einen Strategiewechsel auf kaiserlicher Seite herbeizuführen, soll dem Kaiser Hilfe durch die russische Diplomatie angeboten werden, um dessen Konflikt mit den ungarischen Aufständischen zu beenden. Peter I. würde sodann als Mediator Friedensverhandlungen einleiten.<sup>35</sup> Exklusive Informationskanäle (Peter I. umschreibt sie mit „officia“) werden somit auf höchster Ebene als „Kompetenzrepräsentation“ von Fürst zu Fürst angesehen.<sup>36</sup> Weitere Verhandlungsangebote anderer Art folgten in den nächsten Monaten, wie sich aus den Instruktionen für Urbich erschließen lässt: konkrete militärische Unterstützung in Schlesien, aber auch allgemein gehaltene Angebote von Subsidien und Truppenkontingenten als Gegenleistung für einen Beitritt zur Haager Großen Allianz.<sup>37</sup>

#### 4 Die Situation des Gesandten

Diese an ihn gerichteten Erwartungen konnte Urbich nicht erfüllen. Am kaiserlichen Hof hatte man zu diesem Zeitpunkt kein Interesse, auf solche Angebote einzugehen. Aus den Berichten von Gavriil I. Golovkin an Peter I. – Golovkin war einer der Übersetzer der Korrespondenz und der direkte Adressat für Urbichs Relationen – lässt sich bereits ab September 1707 deutliche Kritik herauslesen bzw. die Vermutung, dass Urbich unfähig sei, die Instruktionen

<sup>34</sup> Peter I. an Urbich vom 04./15.07.1707, in: LSA Wernigerode, H 82 N. 1031, Bl. 22–25: „Betreffende Unsere Eintretung in die grosse alliantz mit I. Keys. Mt. und die ubrigen hohen alliirten. So habt ihr darüber also heraußzulassen, wie wir euch mündtlich darüber eröffnet haben. Wegen der Schwed. dessein aber habt ihr Euch auf alle weise zu informiren und uns aufs eilfertigste zu referiren und soferne dieselbe etwas feindseliches gegen den Keyser [...] anfangen. So wird als dann das rechte tempo u. das bequemeste seyn mit die keyserliche ministris u. andern wegen eintrit in die große alliantz zu negociiren und zu conferiren.“

<sup>35</sup> Resolution von Peter I. für Urbich vom 08.06.(a. St.)1707, in: LSA Wernigerode, H 82 N. 1028, Bl. 17: „Hier in ist Ihr Czaar. May. hoher Wille, das der Herr Geheimbter Rath den Kayserl. Hoff sondiren möchte, ob der selbe Ihr Czaar.May. officia und hohe mediation in den Ungarischen Troubeln an nehmen werde, wann Sie sich darin zu des Kaysern besten interponiren sollten, und hoffen Sie solches falls, vielleicht mehr, als andere puissencen, durch Ihre hohe autoritet, auß zu richten.“ – Peter I. verwendete in seinen Schreiben auch dann die dritte Person, wenn er von sich selbst sprach. Dieses Stilmittel ist nicht nur in den von ihm veranlassten Übersetzungen zu finden, sondern auch in den russischen Originalen.

<sup>36</sup> Der Begriff ist von Matthias Pohligh entlehnt, der ihn hinsichtlich englischer Politiker im Umfeld von John Churchill, Herzog von Marlborough, anführt. Vgl. MATTHIAS POHLIGH: Marlboroughs Geheimnis. Strukturen und Funktionen der Informationsgewinnung im Spanischen Erbfolgekrieg, Köln u. a. 2016, S. 352–355.

<sup>37</sup> Vgl. Peter I. an Urbich vom 23.08.(a. St.)1707 sowie vom 30.08.(a. St.)1707, in: LSA Wernigerode, N. 1029, Bl. 11–14 und Bl. 15 f.

entsprechend umzusetzen.<sup>38</sup> Doch Urbich stand nicht nur aufgrund der von ihm erwarteten Verhandlungserfolge am kaiserlichen Hof unter großem Erfolgsdruck, sondern auch durch die Tatsache, dass sein Vertrag auf drei Jahre befristet war. Dessen mögliche Verlängerung war explizit an entsprechende Erfolge gebunden.<sup>39</sup> Wollte er auf längere Sicht als russischer Gesandter in Wien und im Reich tätig sein – er hatte ursprünglich um einen Vertrag auf Lebenszeit gebeten –, so musste er Erfolge vorweisen.

Aus dieser Perspektive gewinnt die Frage, wie Urbich seine Netzwerke aktivierte und seine strategischen Optionen auslotete, eine besondere Bedeutung. Ein Beispiel hierfür ist der von Urbich zum Zeitpunkt seiner Einstellung formulierte Vorschlag, wieder Kontakt zum sächsischen Hof aufzunehmen und sogar persönlich bei August II. vorstellig zu werden. Dieser Vorschlag war von Peter I. als nicht vorrangig angesehen, allerdings auch nicht grundsätzlich abgelehnt worden. Eine denkbare Kontaktaufnahme war mit der Forderung nach einer Aufnahme in die Haager Große Allianz verknüpft gewesen.<sup>40</sup> Dieses dadurch im Prinzip gegebene Einverständnis für Verhandlungen mit dem sächsischen Kurfürsten wurde von Urbich spätestens Ende 1707 aufgegriffen. Sowohl die Tatsache, dass Urbich als neu installierter russischer Gesandter diese Initiative unterbreitet hatte, als auch die nicht strikt erfolgte Ablehnung durch Peter I. ist bemerkenswert. Schließlich hatte Peter I. noch im April 1707 in einem Schreiben an Kaiser Joseph I. den sächsischen Kurfürsten aufgrund der von ihm veranlassten Auslieferung des in russischen Diensten stehenden Johann Reinhold von Patkul an Karl XII. des Wortbruchs und des Verstoßes gegen das Völkerrecht bezichtigt.<sup>41</sup>

---

<sup>38</sup> Vgl. beispielsweise Gavriil I. Golovkin an Peter I. vom 17.09.(a. St.)1707 und vom 01.10.(a. St.)1707, in: PiB, Bd. 6, S. 350 ff. und S. 118 f.

<sup>39</sup> Peter I. an Urbich vom 08./19.06.1707, in: LSA Wernigerode, H 82 N. 1028, Bl. 2–5: „Stipuliren Ihro May. an itzo die Zeit von drey Jahren hierzu; Wann Sie aber von Seine treue dienste reelle Proben haben werden, als dann wollen Ihro May. denselben auff zeit seines Lebens in Ihro diensten halten“.

<sup>40</sup> Resolution von Peter I. für Urbich vom 08.06.(a. St.)1707, ebenda, Bl. 17: „Mit Augusto können Ihro Cz. May. nichts mehr zu thun haben, den sie haben genuessam Seine Unbeständigkeit und Untreu, mit grossen nachtheil Ihres hohe interesse empfunden. Es sey denn das solches in ein General Alliance geschehen möchte, oder das unter einer Garantie eines Potentaten, einiges Concert mit Ihm möchte wieder können gemacht werden.“

<sup>41</sup> Der Livländer Johann Reinhold von Patkul gilt gemeinhin als Initiator der sächsisch-polnisch-russischen Offensive im März 1700 im schwedisch besetzten Teil Livlands. 1703 war er als russischer Gesandter an den kursächsischen Hof gekommen. Eine Forderung des Altranstädter Friedensabkommens war seine Auslieferung an Karl XII., der August II. Anfang April 1707 Folge leistete. Der von Peter I. gegenüber August II. („einem Mitglied des Römischen Reiches“) erhobene Vorwurf des Wortbruchs bezieht sich auf die noch im September 1706 gegebene Versicherung, von Patkul nicht auszuliefern; vgl. die Erwähnung in dem Protestschreiben von Peter I. an Joseph I. vom 27.04./08.05.1707, in: PiB, Bd. 5, S. 200–207, hier S. 202. Zum Vorwurf des Verstoßes gegen das Völkerrecht vgl. die originale Formulierung ebenda, S. 206: „v narušeni

Eine Auswertung der Korrespondenz Urbichs mit sächsischen Diplomaten, vor allem mit Jakob Heinrich von Flemming, Christoph August von Wackerbarth und Ernst Christoph Manteuffel, zeigt, dass Urbich seine bereits bestehenden guten Kontakte nutzte, um eine gemeinsame Interessensgrundlage aufzubauen.<sup>42</sup> Das gemeinsame Ziel war die erneute Inthronisierung Augusts als König von Polen. Eine entsprechende Vereinbarung wurde im Dezember 1707 getroffen, als die schwedischen Truppen Kursachsen verlassen hatten. Alle drei genannten Diplomaten waren vom sächsischen Kurfürsten nach seiner Rückkehr nach Dresden damit beauftragt worden, auf seine erneute Inthronisierung hinzuwirken. Hierzu gehörte die Wiederherstellung des Kontaktes zum Zaren wie auch die erneute Einbindung Dänemarks in den Krieg gegen Schweden. Den Diplomaten sicherte August im Januar 1708 in einer schriftlichen Randbemerkung zu, dass es für sie im Falle eines Misserfolges keine negativen persönlichen Folgen geben würde.<sup>43</sup>

Die von Peter I. im Zusammenhang mit Urbichs Akkreditierung favorisierte Strategie, mittels Verhandlungsangeboten gegenüber dem kaiserlichen Hof eine Kooperation zu erreichen<sup>44</sup>, wurde von Urbich selbstverständlich nicht verworfen, aber dass er seine Initiativen, die polnische Krone als potentielle russische Patronagegabe weiterhin anzubieten, eigenmächtig priorisierte, lässt sich aus seinen Korrespondenzen 1707–1709 rekonstruieren. Die Annahme einer eigenen Prioritätensetzung wird auch dadurch indirekt erhärtet, dass die mit Beginn des Abzugs der sächsischen Truppen aus Kursachsen, im September 1707, wieder vorsichtig aufgenommene Kontakte auf sächsischer Seite von Jakob Heinrich von Flemming geführt wurden und auf russischer Seite nicht von Urbich, sondern von Heinrich von der Goltz. Dieser hatte zuvor als Generalleutnant in sächsisch-polnischen Diensten gestanden und wurde, zeitgleich mit Urbich im Juni 1707, als Feldmarschall-Leutnant in russische Dienste aufgenommen.<sup>45</sup> Soweit es den entsprechenden Schreiben zu entnehmen ist, ging es dabei nur um eine Erneuerung der militärischen Kooperation.<sup>46</sup>

---

vsenarodnych prav Avgustovykh, jako kurfirsta Saksonsokogo i tako členu Rimskogo imperii“.

<sup>42</sup> Vgl. LSA Wernigerode, H 82 N. 659, N. 1031, N. 1123.

<sup>43</sup> Vgl. die Erwähnung bei KARL CZOK: August der Starke und seine Zeit. Kurfürst von Sachsen. König von Polen, 6. Aufl., Leipzig 2016, S. 66.

<sup>44</sup> Vgl. Peter I. an Urbich vom 23.08.(a. St.)1707, in: LSA Wernigerode, N. 1029, Bl. 11–14. Zu Urbichs Initiativen am kaiserlichen Hof vgl. Urbichs Schreiben an Karl Theodor Otto Fürst zu Salm vom 01.07.1707, in: HHStA Wien, StAbt Russland I 20 Russia, 1705–1709, Bl. 42 f.

<sup>45</sup> Vgl. die Erwähnung in: PiB, Bd. 5, S. 359.

<sup>46</sup> Vgl. Gavriil I. Golovkin an Peter I. vom 17.09.(a. St.)1707, in dem Golovkin auch seine Kritik an Urbich äußert; vgl. ebenso seinen Brief an Peter I. vom 21.11.(a. St.) 1707, in: PiB, Bd. 6, S. 350 ff. und S. 515.

## 5 Urbichs Kontaktaufnahme zu Jan Szembek

Urbichs Kontakt zu Jan Szembek, dem Vizekanzler Augusts II. und Angehörigen der Konföderation von Sandomir, ging auf eine Initiative der sächsischen Diplomatie zurück.<sup>47</sup> Offenbar hatte man die Vermittlung dieses Kontakts als besonders heikel angesehen, man vermied ein direktes Schreiben und konstruierte für die Kontaktaufnahme einen Vorwand. Es handelt sich um einen Brief aus dem Umfeld von Wackerbarth vom 4. Dezember 1707 aus Wien. Demnach habe Wackerbarth kein Interesse mehr an Nachrichten aus Polen, die er von Szembek bisher im Gegenzug für das Besorgen von Zeitungen aus Italien erhalten habe. Die hierfür nötige Korrespondenz habe bisher sein Sekretär Reichenbach geführt. Urbich wird gefragt, ob er die Korrespondenz mit Szembek übernehmen wolle.<sup>48</sup>

Der sich daraus ergebende Austausch zwischen Urbich und Szembek erfuhr eine eigene Dynamik, da Urbich unterschiedliche Interessen verfolgte und zumindest punktuell zwischen Loyalitäten changierte. So erfüllt Urbich in der Korrespondenz durchaus die mit den sächsischen Diplomaten vereinbarte Rolle, eine Annäherung zwischen dem sächsischen Hof und den Konföderierten von Sandomir herzustellen. Aus Szembeks Briefen an Urbich lässt sich seine stete Fürsprache für Augusts erneute Inthronisierung rekonstruieren. Szembeks Interesse wiederum an einem Kontakt mit dem russischen Gesandten und damit indirekt mit Peter I. ist vor dem Hintergrund bemerkenswert, dass sein Bruder, Stanisław Szembek, Erzbischof von Gnesen und Primas, im Namen der Konföderierten die Verhandlungen mit Peter I. hinsichtlich einer Kandidatur von Eugen von Savoyen bzw. von Rákóczi geführt hatte.<sup>49</sup> Stanisław Szembek war in diesen neuen Kontakt zum russischen Hof eingeweiht. So signalisierte Jan Szembek das Einverständnis seines Bruders zu diesem Austausch, auch Urbichs Briefe wurden zumindest teilweise an Stanisław weitergeleitet.<sup>50</sup> Es handelte sich also um eine Kontaktaufnahme

<sup>47</sup> Zur Biografie von Jan Szembek vgl. HENRYK POLKII: Szembek (Schönbeck), Jan Sebastian, in: *Polski Słownik Biograficzny*. Bd. 48: Szelia, Jan – Szpilman, Władysław, Warszawa – Kraków 2012–2013, S. 59–70.

<sup>48</sup> Reichenbach an Urbich vom 04.12.1707, in: LSA Wernigerode, H 82 N. 1123, Bl. 659 f.: „Je reçus hier en deux Lettres de Pologne les nouvelles cijointes, dont j’ai crû de mon devoir, d’en faire part à Vôtre Excellence. [...] Mr. le Sous-Chancelier Szembek [...] souhaite de recommencer avec moi la Correspondance: Mais je Lui ai cidevant tousjours envoyé la Gazette Italienne d’ici, dont S. E. M. le C. Vackebarth a fourni les frais [...]. Cela aiant cessé, puisque je n’ai plus la depense de Sa dite Excel. et qu’outre cela le tems s’étant changé, il ne lui importe gueres de savoir l’Etat de Pologne. J’ai jugé à propos de soumettre à la disposition de Vôtre Excellence si Elle se trouve de Sa convenience, de seconder ces intentions pour le retablissement et entretien [...] de cette correspondance avec le Sous-Chancelier [...]“

<sup>49</sup> Vgl. hierzu die Korrespondenz zwischen Peter I. und Stanisław Szembek, in: PiB, Bd. 5 und 6.

<sup>50</sup> Vgl. Jan Szembek an Urbich vom 27.01.1708, in: LSA Wernigerode, H 82 N. 968, Bl. 4 f.; für die indirekte Einbeziehung von Stanisław Szembek in die Korrespondenz

zwischen dem russischen Gesandten – auf Initiative sächsischer Diplomaten – und der Konföderation von Sandomir. Dem Wunsch der Konföderierten wiederum, den Kontakt zu Kursachsen zu erneuern bzw. zu intensivieren, kam auch Urbich entgegen. Dass zwischen Jan Szembek und Flemming eine Korrespondenz aufgenommen wurde, scheint auf Urbichs Vorbereitung zurückzugehen. Er wurde von Szembek zumindest ausschnittsweise über den Briefwechsel unterrichtet.<sup>51</sup> Die Vermittlerrolle, die Urbich dabei zwischen Flemming und den Konföderierten einnimmt, lässt sich aus Szembeks Briefen an Urbich rekonstruieren.<sup>52</sup>

Urbichs Engagement im Sinne der sächsischen Diplomatie ist nicht ohne Wissen des sächsischen Kurfürsten erfolgt, wie sich indirekt mehrfach erschließen lässt. Als beispielhaft kann Urbichs Brief an Flemming vom September 1709 – d. h. nach der Schlacht von Poltawa – gelten, in dem er seine Irritation über ein längeres Ausbleiben von Briefen beklagt und diesen Umstand mit einem möglichen Vertrauensverlust des sächsischen Kurfürsten in Verbindung bringt. Flemmings höfliche, äußerst förmliche Antwort entspricht im Stil einer in Auftrag gegebenen Beschwichtigung gegenüber einem Klienten.<sup>53</sup>

Die Auswertung der Korrespondenz zwischen Urbich und Jan Szembek macht deutlich, wie im Folgenden gezeigt werden soll, dass sich der Zweck ihres Austausches keineswegs nur auf eine mögliche erneute Inthronisierung Augusts beschränkte. Die Korrespondenz ist streckenweise sehr engmaschig

---

vgl. beispielsweise Jan Szembek an Urbich vom 20.02.1708, ebenda, N. 968, Bl. 6–7[a]; vom 02.04.1708, ebenda, N. 958, Bl. 1 f.; vom 14.07.1708, ebenda, N. 958, Bl. 18–23.

<sup>51</sup> Vgl. beispielsweise Jan Szembek an Urbich vom 13.06.1708, ebenda, N. 958, Bl. 7 f.; vom 04.07.1708, ebenda, N. 958, Bl. 15[a].

<sup>52</sup> Vgl. beispielsweise Jan Szembek an Urbich vom 25.07.1708, ebenda, N. 958, Bl. 25: „Les dernieres Lettres, que nous venons de recevoir de M. le Grand General de la Couronne, semblent confirmer la bonne opinion, que Votre Excellence a de ce Seigneur mais ce seront les effets qui en convainquront le mieux quand ces parties qu’il a envoyées contres les gens des Sapiehas [die Familie Sapieha gehörte zu den Unterstützern von Leszczyński] agiront avec vigueur. Nous le sçaurons en peu de iours. J’envoye pendant les nouvelles de ces pays la [...]“

<sup>53</sup> Urbich an Jakob Heinrich von Flemming vom 07.09.1709, in: Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (SächsHStA), 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 00711/05, Bl. 118 f.: „Quoyque je n’aye pas eu l’honneur de recevoir quelque lettre depuis long temps je me flatte pourtant, que Vous me voudriés continuer vos faveurs. Il y a bien certains gens, qui me veulent faire croire, comme si je n’avois plus le bien d’estre dans vostre bon souvenir et que S. M<sup>te</sup> le Roy même avoit contre moy quelque indignation. [...] Mais si j’entre dans la raison et m’examine interieurement je ne trouve rien et rien de tout, où j’aurois pû donner sujet à cela“. Flemmings Antwort vom 14.10.1709 ist als Duplikat in seinem Nachlass erhalten, ebenda, Bl. 120: „Votre Excellence rend justice à Elle même, et elle me la rend aussi, en n’ajoutant point de foi aux contes qu’on vous fait pour vous persuader qu’il y a quelque alteration dans l’amitié que j’ai toujours eue pour votre personne. Le Roi mon maître n’a non plus quoi que ce soit contre vous. Soyez en persuadé et que je suis et serai toujours avec sincerité“.

geführt, wurde im Januar 1708 aufgenommen und, von zwei späteren Briefen abgesehen, bis August 1709 fortgesetzt. Für den Klientenstatus Urbichs innerhalb dieser Korrespondenz lassen sich einige Kriterien anführen. Hierfür spricht das soziale Gefälle zwischen den beiden Korrespondenzpartnern. Urbich hatte zu diesem Zeitpunkt erst seit drei Jahren den Titel eines Reichsfreiherrn, während Szembek einer polnischen Magnatenfamilie entstammte, die nicht nur in hohen politischen Funktionen vertreten war, sondern auch eine Reihe von Bischöfen und Primassen stellte. Die Erwartungshaltung gegenüber Urbich äußert sich in den Attributen *ponctualité, sincerité, confiance*, für deren Wahrung durch Urbich sich Szembek mehrfach bedankt.<sup>54</sup> Sie sind zugleich auch der Beweis dafür, dass ein Vertrauensverhältnis aufgebaut worden ist. Anders ausgedrückt: Urbich erfüllte loyal die ihm zugedachte Rolle. Als ein weiteres Kriterium dafür, dass auf einen vertrauensvollen, gegenseitigen Ressourcenaustausch großer Wert gelegt wurde, kann die Tatsache gewertet werden, dass Szembek für die Nachrichten aus dem Kriegsgebiet, die er an Urbich weitergibt, in der Regel die Quelle nennt bzw. angibt, ob für die Richtigkeit der Nachricht ein weiterer (seriöser) Gewährsmann vorhanden ist.<sup>55</sup> Auch gibt Szembek Auskunft darüber, welchen Weg die Korrespondenz genommen hat und durch wen (persönliche Kuriere, Residenten) sie weitergeleitet wurde.<sup>56</sup>

Dieses Bemühen um Korrektheit und Zuverlässigkeit war aus der Perspektive Szembeks nicht nur auf Urbich selbst bezogen. Vorgesehen war eine selektive, exklusive Weiterleitung dieser Informationen an Peter I., und deren korrekte Umsetzung sollte die Loyalität Szembeks gegenüber Peter I. unter Beweis stellen. Briefe, deren Inhalt nur für Urbich bestimmt war, wurden als solche markiert. Erwartet wurde auch, dass Urbich zu Gunsten der Konföderation auf die Entscheidungsfindung am russischen Hof Einfluss ausüben sollte. Eine Forderung war die Beendigung der von Peter I. als militärische Strategie verfolgten Politik der verbrannten Erde. Die Unterstützung eines von russischer Seite favorisierten Kandidaten für die polnische Krone wird an Bedingungen geknüpft, wie z. B. die Bewahrung der Eigenständigkeit.<sup>57</sup> Als Entgegenkommen sollten die über Urbich vermittelten Nachrichten über gegnerische Truppenbewegungen gewertet werden. Die Strategie, die Szembek in seinen Briefen an Urbich verfolgte, war der Versuch, den Zaren davon zu überzeugen, die Konföderierten als natürliche und unverzichtbare Verbündete anzusehen, auf deren Interessen Rücksicht zu nehmen sei.

---

<sup>54</sup> Vgl. z. B. Jan Szembek an Urbich vom 28.06.1708, in: LSA Wernigerode, H 82 N. 958, Bl. 10–13.

<sup>55</sup> Als Beispiel für eine Mitteilung, dass die Nachricht durch eine weitere Gewährsperson bestätigt werden kann, vgl. Jan Szembek an Urbich vom 04.07.1708, ebenda, N. 958, Bl. 15[a] sowie vom 11.07.1708, ebenda, N. 958, Bl. 16.

<sup>56</sup> Vgl. z. B. Jan Szembek an Urbich vom 18.04.1708, ebenda, N. 958, Bl. 4; vom 07.07.1708, ebenda, N. 958, Bl. 15[b].

<sup>57</sup> Vgl. hierzu Jan Szembek an Urbich vom 02.04.1708, ebenda, N. 958, Bl. 1 f.

Die Vermittlerrolle Urbichs changierte punktuell zwischen der Loyalität gegenüber seinem Dienstherrn und gegenüber Szembek. Dieser Sachverhalt lässt sich anhand einiger weniger Spuren in den Briefen Szembeks an Urbich rekonstruieren. So bedankt sich Szembek beispielsweise in einem Antwortschreiben vom April 1708 für Vorschläge, die er dem Zaren vorlegen könnte. Zugleich versichert er, dass er Urbichs Brief verbrannt habe.<sup>58</sup> Auf den Inhalt dieser Vorschläge geht Szembek nicht ein. Ähnlich ist ein Memorandum Urbichs zu klassifizieren, das Szembek in einem Schreiben vom Juli 1708 an Urbich mit dem Hinweis zurückschickt, dass er sich davon keine Kopie gemacht habe.<sup>59</sup> Hinsichtlich der Erwartungshaltung gegenüber Urbich, als Vermittler zu fungieren, ist auch die Bitte einzuordnen, einen Kontakt zu General Menšikov, der den russischen Rückzug an die litauische Grenze befehligte, herzustellen. Dabei ging es offenbar nicht allein um die bloße Realisierung dieses Kontaktes: Urbich hatte im Vorfeld gegenüber Menšikov um Verständnis sowohl für die polnische Perspektive als auch im Besonderen für die schwierige Situation der Konföderierten geworben, die sich vor die Situation gestellt sahen, weiterhin die Bereitschaft für eine Kooperation mit dem Moskauer Reich aufrechtzuerhalten. In einem Schreiben vom Juli 1708 bedankt sich Szembek bei Urbich für dessen Vermittlung.<sup>60</sup> Dass Urbich Abschriften von Briefen Menšikovs an Jan und Stanisław Szembek erhalten hatte, erschließt sich bereits aus einem Brief Jan Szembeks an Urbich vom Juni 1708.<sup>61</sup>

## 6 Die Reise nach Den Haag und die potentiellen Auftraggeber

Ein Beispiel für Urbichs verwickelte Klientel-Beziehungen stellt seine im April 1708 inkognito unternommene Reise nach Den Haag dar. Sie diente vorrangig dem Zweck, mit Anthonie Heinsius Gespräche hinsichtlich einer Aufnahme des Moskauer Reiches in die Haager Große Allianz zu führen.<sup>62</sup>

<sup>58</sup> Vgl. ebenda.

<sup>59</sup> Jan Szembek an Urbich vom 11.07.1708, ebenda, N. 958, Bl. 16 f.: „[...] En remerciant cependant V. E. pour la communication du memorial (que ie renvoye sans m'avoir laissé aucune copie)“. Das Memorandum selbst konnte bisher in den Korrespondenzen nicht gefunden werden.

<sup>60</sup> Jan Szembek an Urbich vom 04.07.1708, ebenda, Bl. 15[a]: „[...] M. le Prince Menzykow duquel j'ay receue deux lettres avec beaucoup de compliments [...] Je suis infiniment obligé a V. E. de tous les eclaireissements necessaires“.

<sup>61</sup> Vgl. Jan Szembek an Urbich vom 09.06.1708, ebenda, Bl. 5 f.

<sup>62</sup> Da sich Urbich inkognito in Den Haag aufhielt, musste er in seinem Schreiben an Heinsius vom 12.04.1708 seinen Status erklären: „Comme dans l'affaire comme à V<sup>e</sup> A. touchant l'accession de S. M. Cz<sup>e</sup>, mon tres Auguste Maistre, à la grande alliance, j'ay avec S. E. M. l'Ambassadeur Matteow [Andrej A. Matveev] à la Cour de la grande Bretagne, le même plenipouvoir et les mêmes instructions pour traiter, convenir, et conclure là dessus jusqu' à la ratification de S. Mt<sup>e</sup> avec les Haut Alliés dans la guerre presente“, in: LSA Wernigerode, H 82 N. 892, Bl. 1 ff., Duplikat.

Heinsius, Ratspensionär der Provinz Holland, war einer der einflussreichsten Diplomaten der Generalstaaten der Niederlande. Ein Ziel von Urbichs Reise war auch ein Treffen mit den beiden bedeutendsten Militärführern der Haager Großen Allianz: mit Eugen von Savoyen, dem Oberbefehlshaber der kaiserlichen Armee, und mit John Marlborough, dem Oberbefehlshaber der englischen und niederländischen Truppen. Beide hielten sich zu diesem Zeitpunkt in Den Haag auf. Aus Urbichs Schreiben an Peter I. vom 4. April lässt sich schließen, dass die Reise nicht auf Peters, sondern Urbichs Initiative hin unternommen wurde. Da sich Urbich spätestens am 12. April bereits in Den Haag aufhielt, dürfte er die Antwort des Zaren auf sein Angebot, u. a. mit Eugen von Savoyen direkte Gespräche zu führen, kaum abgewartet haben.<sup>63</sup>

Aus den vorhandenen Quellen lässt sich (bisher) nicht erschließen, ob Urbich Heinsius tatsächlich persönlich getroffen hat. Belegt sind Treffen Urbichs mit Marlborough und mit Eugen von Savoyen. Diese Treffen werden von Urbich auch in einem weiteren Schreiben an Heinsius mitgeteilt, in dem er nochmals um eine Unterredung bittet.<sup>64</sup>

Der Zweck dieser Reise, so zeigt Urbichs Brief an Flemming, war im Sinne der sächsischen Diplomatie. Für eine erneute Inthronisierung Augusts II. – so die Sichtweise im Frühjahr 1708 – wäre die Distanzierung der Garantmächte vom Altranstädter Friedensabkommen eine Voraussetzung gewesen. Welches Interesse der sächsische Hof an Urbichs Reise gehabt haben muss und wie sehr, im Gegenzug, Urbich darauf bedacht war, seine Dienstbeflissenheit unter Beweis zu stellen, erschließt sich daraus, dass er Flemming von unterwegs mitteilte, wann er Den Haag voraussichtlich erreichen werde, einschließlich der Mitteilung über die mutmaßliche bzw. bereits erfolgte Ankunft von Marlborough und Eugen von Savoyen.<sup>65</sup>

<sup>63</sup> Urbich an Peter I. vom 04.04.1708 aus Leipzig, ebenda, N. 893, Bl. 1–6, Duplikat: „[...] daß ich auch gut befunden [...] daselbst dem Printzen Eugenio nach dem Haag zu folgen resolvirt; um die letzten efforts zu thun [...] und so [...] das werck der großen alliantz in richtigkeit gebracht werden könnnt? Zum wenigsten, umb zu sehen, was endlich hierin von Engell- und Holland zuverlässig zu hoffen oder nicht?“

<sup>64</sup> Urbich an Anthonie Heinsius vom 17.04.1708, in: LSA Wernigerode, H 82 N. 892, Bl. 4 f. und Bl. 9, Duplikat: „[...] Vous m’avez fait Esperer, Monsieur, par l’Agent de sa Majesté [des Zaren] [...] que j’aurois quelque Conference afin de s’expliquer ensemble [...] Que si alors on avoit trouvé des obstacles invicibles, je n’aurois pas voulu m’opiniâtrer contre la Raison. J’ay eu l’Honneur de parler aussi à son Altesse Le Prince et Duc de Marlborough, et pas moins à S. A<sup>me</sup> le Prince Eugene de Savoye [...] C’est pourquoy j’ay voulu estre icy à l’incognito, à fin que mon refus ne fût pas trop eclatant, le quel je craignois, point ex differentia causae, Mais par d’autres raisons; Et j’ay encore Mandé à Sa Majesté, Mon Auguste Maistre, avant que de partir, que je n’iray que premierement pour obeïr à ses ordres [...]“.

<sup>65</sup> Urbich an Jakob Heinrich von Flemming vom 08.04.1708 aus Bentheim, in: SächsHStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 00711/05, Bl. 113 f.: „Afin de donner part à V<sup>e</sup> Excell<sup>e</sup> jusqu’où je suis avancé dans mon voyage je Luy dis que j’arrivois icy ce matin d’où l’on me fait esperer que je pouvois arriver demain au soir à la Haye, S. A. le prince Eugene, qui est adoré partout où il passe, y estant arrivé hier au

Auch Szembek hatte vorab Kenntnis von dieser Reise<sup>66</sup> – und eigene Aufträge für Urbich. So ging es zum einen darum, einen Kontakt zu einem potentiellen Korrespondenten in Amsterdam für Nachrichten aus Frankreich herzustellen.<sup>67</sup> Weitaus wichtiger war zum anderen der Wunsch nach einer Kontaktaufnahme mit Heinsius. Beides konnte Urbich vermitteln. Auch im Sinne der Konföderierten sollten die Generalstaaten davon überzeugt werden, von ihrer Garantie für das Altranstädter Friedensabkommen zurückzutreten. Das Interesse daran ging so weit, dass daran gedacht wurde, den Bruder von Jan Szembek, Stanisław Szembek, in dieser Angelegenheit in die Niederlande zu schicken. Von diesem Vorhaben wurde allerdings im Juli 1708 Abstand genommen.<sup>68</sup> Dieses Interesse der Konföderierten entsprach dem Augusts wie auch dem des Zaren. Urbich war simultan, und auf unterschiedliche Weise, darin involviert. Der von den Konföderierten gewünschte Kontakt zu Heinsius steht im Zusammenhang mit den parallel verfolgten zwei Optionen für die Besetzung des polnischen Throns, d. h. neben der Kandidatur von August auch die Rákóczis erneut ins Spiel zu bringen. Wie sich anhand von Urbichs Nachlass rekonstruieren lässt, investierte auch Urbich, in einer weiteren gemeinsamen Initiative mit den Konföderierten, in die Option, Rákóczis Kandidatur zu unterstützen.

Ungeachtet der Tatsache, dass das russische Interesse an dessen Kandidatur im Warschauer Vertrag vom September 1707 längst festgehalten war, verfolgte Urbich die Strategie, über die Kontakte der Konföderierten persönliche Verhandlungen mit Rákóczi zu führen. Urbich hatte bereits zum Zeitpunkt seiner Einstellung als russischer Gesandter im Juni 1707 – sicherlich in

---

soir. Mais Marlebourg n’y est pas encore et on croit qu’il y sera aujourd’huy ou demain“. Mehr Informationen zu den Interessen von Seiten des kursächsischen Hofes an Urbichs Reise nach Den Haag ergeben sich möglicherweise aus weiteren Recherchen in den Korrespondenzen Urbichs mit den bereits genannten Vertretern des kursächsischen Hofes.

<sup>66</sup> Jan Szembek an Urbich vom 02.04.1708, in: LSA Wernigerode, H 82 N. 958, Bl. 1 f.: „J’espere, comme ie souhaitte, que Votre Excellence est deia arrivée en bonne Santé a la Haye.“

<sup>67</sup> Vgl. Jan Szembek an Urbich vom 09.04.1708, ebenda, Bl. 3. Gedacht war an einen Zeitraum von einem Jahr mit vierteljährlicher Bezahlung, um einen Kostenvoranschlag wurde ebenfalls gebeten. Der Austausch von Nachrichten kam tatsächlich zustande.

<sup>68</sup> Jan Szembek an Urbich vom 14.07.1708, ebenda, Bl. 18–23: „Cela est sur, que si Sa Majesté le Roy Auguste revenoit presentement en Pologne, non seulement le Grand General seroit ferme [...], mais toute l’armée, et meme il y auroit beaucoup des principaux du party contraire, qui se ietteroient aussitot dans notre party [...] le Grand General nous assure touiours de sa fermeté par ses lettres [...] et comme Son Altesse [der Primas] s’est retiré icy [Olmütz] le plus pour ne pas être forcé tout d’un coup a faire quelque pas, qui fût contraire aux interests du bien publique, et des Princes Voisins, et principalement de Sa Maiesté Imperiale [...] S. A. M. le Primas n’est pas d’intention de partir d’icy, ni convoquer les Etats de la Republique, avant qu’il puisse penetrer et de voir clairement terminum ad quem; la Republique n’ayant qu’un pas a faire.“ (Hervorheb. im Original.)

Kenntnis der damaligen Vertragsvorbereitungen – angeboten, in dieser Richtung tätig zu werden.<sup>69</sup> Der Kontakt war nicht einfach zu bewerkstelligen. Schließlich wurde im Juni 1708, nach Urbichs Rückkehr aus Den Haag, ein persönliches Treffen zwischen Konstanty Felicjan Szaniawski (dem Bischof von Kujawien und Mitglied der Konföderierten), Miklós Bercsényi (einem engen Vertrauten von Rákóczi) und Urbich geplant.<sup>70</sup> Im Nachlass Urbichs befindet sich ein Brief Rákóczis an die Generalstaaten vom 28. Juli 1708 mit eigenhändiger Unterschrift. Das Schreiben fordert die Generalstaaten, zusammen mit Großbritannien, dazu auf, wie versprochen als Mediator für Friedensverhandlungen zwischen den ungarischen Aufständischen und dem Kaiser zu fungieren.<sup>71</sup> Eine mögliche Erklärung dafür, dass sich dieser Brief in Urbichs Nachlass befindet, könnte eine weitere geplante Reise in die Niederlande gewesen sein. Die kurz darauf erfolgte Niederlage Rákóczis in der Schlacht bei Trentschin im August 1708 machte die Option einer Kandidatur zunichte.

## 7 Urbich als Klient der Konföderierten am kaiserlichen Hof?

Urbich fungierte auch als Vermittler zwischen den Konföderierten und dem kaiserlichen Hof. Diese Initiativen erfolgten allerdings nicht losgelöst von der russischen Diplomatie. Beiden Parteien war daran gelegen, von Seiten des kaiserlichen Hofes eine klare Positionierung gegen Schweden zu erreichen. Die Konföderierten erwarteten von Urbich, dass er auf Entscheidungsträger am kaiserlichen Hof in ihrem Interesse intervenierte.

---

<sup>69</sup> Urbich an Peter I. vom 01./11.07.1707, ebenda, N. 1028, Bl. 13–22: „[...] frage ich unt[ertänigst] an, ob nicht gelegentlich I. Cz. M<sup>l</sup> mediation zu componirung der hungar. differentien, ohne abbruch der Englischen u. holländischen Mediation anzutragen wäre?“

<sup>70</sup> Jan Szembek an Urbich vom 13.07.1708, ebenda, N. 958, Bl. 7 f.: „C'est avec plaisir, que Mr l'Evesque de Curivanie [Konstanty Felicjan Szaniawski, Bischof von Kujawien], s'offre, de seconder avec tout son mieux, la negociation de Votre Excellence avec le Prince Rakoczy, et d'aller même avec Votre Excellence de conference avec Mr Berezynsi si on le iuge a propos.“ Vgl. ebenso den zwei Wochen später verfassten Brief von Jan Szembek an Urbich vom 27.07.1708, ebenda, Bl. 10–13: „La marche de m/8 Saxons en Hongrie contribuera beaucoup a l'heureuse issue de la conference de Votre Excellence et de M. l'Evêque Cuvanie avec M. Berczyni.“ Inwieweit der russische Hof von diesem geplanten Treffen Kenntnis hatte, könnten möglicherweise weitere Quellenrecherchen ergeben.

<sup>71</sup> Franz Rákóczi [an Anthonie Heinsius] vom 28.07.1708, ebenda, N. 891, Bl. 1 f.: „Le succes, que nous en devons attendre, flattoit tres agreablement nos esperances d'une Paix prochaine et durable [...] Et comme vos Hautes Puissances ne peuvent qu'estre touchées de nostre sort, Nous les prions de nous accorder leur puissante aide, et de Nous vouloir assister par des offices plus efficaces, que n'ont esté ceux du passé, pour procurer la Paix à une Nation si injustement affligée, laquelle se recommande à la continuation de vostre bienveillance“.

Ein Beispiel hierfür ist die Bitte um einen kaiserlichen Reisepass sowohl für Jan Szembek als auch für dessen Bruder. Mit diesem Pass wollten sie von Olmütz in Schlesien an die polnische Grenze und zurück reisen und der Primas darüber hinaus nach Regensburg zum Reichstag. Aufgrund des Kriegsgeschehens war es wichtig, dass für die Reise an die polnische Grenze die Gültigkeit der Pässe weder auf einen konkreten Tag noch auf einen konkreten Ort bezogen war. Offensichtlich hatte Urbich große Schwierigkeiten, entsprechende Reisedokumente zu erhalten. Am kaiserlichen Hof befürchtete man, damit die Politik der strikten Zurückhaltung im Großen Nordischen Krieg aufzuweichen oder zumindest damit rechnen zu müssen, dass die schwedische Seite eine solche Maßnahme als einseitige Positionierung bewerten würde. Nicht ohne Grund erwähnt Jan Szembek in seinem Protestschreiben, dass Personen, die der „schwedischen Seite“ angehören, sehr wohl mit Pässen versorgt würden, und interpretiert diese Verzögerung als Beleg für das geringe Interesse der kaiserlichen Politik an den Belangen der Republik Polen, einem Mitglied der Heiligen Liga. Auch ein Hinweis auf Urbichs Stellung im russischen Dienst wird eingebracht, die Reisen wären auch im Interesse Peters I.<sup>72</sup> Die Reisedokumente für die Brüder Szembek wurden schließlich ausgestellt.

Durch die Niederlage Karls XII. in Poltawa im Juli 1709 und seine anschließende Flucht veränderte sich die Situation grundlegend: August II. konnte als rechtmäßig gewählter König zurückkehren. Peter I. gelang es in den folgenden Jahren, seinen Einfluss in Polen-Litauen weiter auszubauen, indem er nun die Rolle des Patrons für die polnische Opposition gegenüber August II. einnahm. Die russische Patronage in Polen-Litauen war etabliert.<sup>73</sup>

<sup>72</sup> Jan Szembek an Urbich vom 14.07.1708, ebenda, N. 958, Bl. 18–23: „[...] Votre Excellence m’obligera sensiblement, de m’eclaircir sur tout cela, et de m’avertir, si Elle ne remarque pas, quelque partialité, et preference du party contraire, auprès de cette Cour [des kaiserlichen Hofes] la? Elle fera une chose non s[e]ulement tres necessaire pour nous (en m’informant de tout cela sincerement et ponctuellement) mais aussi très agreable a Sa Maiesté Czarienne, et importante a ses interests.“

<sup>73</sup> Zur Situation in Polen-Litauen nach Poltawa sowie zur weiterführenden Forschungsliteratur auch in polnischer Sprache vgl. ROBERT FROST: Sächsisch-polnische Personalunion und die Katastrophe des Großen Nordischen Krieges, in: HANS-JÜRGEN BÖMELBURG (Hrsg.): Polen in der europäischen Geschichte. Ein Handbuch in vier Bänden. Bd. 2: Frühe Neuzeit. 16. bis 18. Jahrhundert, Stuttgart 2017, S. 423–442, hier S. 439–442. Zur erneuten Inthronisierung Augusts als König von Polen-Litauen vgl. auch JACEK STASZEWSKI: Die unterbrochene sächsisch-polnische Union nach dem Frieden von Altranstädt und vor Wiederkehr Augusts II. auf den polnischen Thron (1706–1709), in: JÜRGEN RAINER WOLF (Bearb.): 1707–2007 Altranstädter Konvention. Ein Meilenstein religiöser Toleranz in Europa, Halle/Saale 2008, S. 51–57.

## 8 Fazit: Multiple Strategien und die Frage nach der Handlungsmaxime

In der Zeit, als Urbich in russische Dienste trat, war die Situation des Moskauer Reiches unter Peter I. durch Instabilität und massive militärische Bedrohung gekennzeichnet. Auf der Suche nach diplomatischen Lösungswegen wählte Peter I. multiple Strategien, um sowohl auf wechselnde Konjunkturen vorbereitet zu sein als auch sich bietende Optionen schnell wahrnehmen zu können. Ähnlich gestaltete sich die Lage, in der sich die polnische Opposition zu Stanisław Leszczyński befand. Auch die Situation des sächsischen Kurfürsten wies hierzu Parallelen auf. Diese strukturelle Vergleichbarkeit und die gemeinsame Bedrohungslage ließ auf der Ebene der Fürsten bzw. der Patrone ein informelles, diplomatisches Beziehungsgeflecht als sinnvoll erscheinen. Dieses Beziehungsgeflecht war nicht nur informell, sondern auch punktuell, zeitlich befristet und unverbindlich.

Für einen Diplomaten ergab sich aus einer derartigen Situation des Dienstherrn die Aufgabe, sowohl dessen verschiedene Strategien auszuloten als auch gemäß der eigenen Einschätzung bzw. Ressourcen Prioritäten zu setzen, um die Erwartungen erfüllen zu können. Diese innerhalb eines personalen Dienstverhältnisses eingeforderten Erwartungen an einen Diplomaten, der, wie im Fallbeispiel Urbich, nicht dem Hochadel angehörte, führten zu einer ausgesprochenen Fragilität seiner Situation. Der Erfolgsdruck veranlasste den Diplomaten, seine eigenen Netzwerke für Kooperationen zu nutzen, die punktuell über den Rahmen des eigentlichen Auftrages hinausgingen. Er ging dabei interessen geleitete, zeitlich befristete, multiple Loyalitätsbeziehungen ein, die *de facto* Handeln und Status eines Diplomaten innerhalb eines changierenden Spannungsraumes bestimmten – mit den entsprechenden potentiellen Gefährdungen für den Akteur. Die Loyalitätsbeziehung, die Urbich gegenüber August II. einging, war informellen Charakters, aber für ihn nur im Falle eines Erfolges seines Dienstherrn ungefährlich. Auch die Korrespondenz Urbichs mit Jan Szembek, einem Repräsentanten eines Interessenverbandes, offenbart die Praxis der eingeforderten Loyalität, d. h. die Verpflichtung zur Tätigkeit für einen weiteren Patron, der nicht dem russischen Hof angehörte. Urbich übernahm mit der Vermittlerrolle für die Konföderierten von Sandomir gegenüber dem kaiserlichen Hof ebenfalls eine punktuelle und informelle Interessenwahrnehmung außerhalb seiner Rolle als Gesandter des Moskauer Reichs.

Aus der Perspektive des Diplomaten handelte es sich hierbei um eine Gratwanderung zwischen der Verfolgung gemeinsamer Strategien im Interesse des eigentlichen Dienstherrn und der Interessenwahrnehmung für einen anderen Patron. Beide, sowohl der Interessenverband als auch der Diplomat Urbich, waren nicht nur auf gemeinsame Strategien angewiesen, sondern auch auf gegenseitigen Ressourcenaustausch. Aufgrund der Tatsache, dass Urbich zwei Unternehmungen verfolgte – die Verbindungen zum sächsischen Hof sowie zu den polnischen Konföderierten, – die nicht nur parallel gehandhabt wurden, sondern zum Teil auch miteinander verflochten waren und darüber

hinaus, insbesondere in Bezug auf die Konföderierten, unterschiedliche Optionen beinhalteten, kann man hier zu Recht von multiplen Strategien sprechen. Im besten Falle galt die Erreichung einer Zielvorgabe, die vom Dienstherrn gesetzt war, als Erfolg des Diplomaten.

Handlungsmaxime und Handlungsspielraum eines Diplomaten, wie sie sich anhand dieses Fallbeispiels herauskristallisieren, decken sich nur zu einem Teil mit den von Hillard von Thiessen aufgestellten Merkmalen eines Diplomaten des *type ancien*.<sup>74</sup> Gemäß seinem sozialen Status – Urbich war erst zwei Jahre vor seiner Akkreditierung als russischer Gesandter zum Reichsfreiherrn ernannt worden – wäre Urbich eher in die Reihe der neu nobilitierten Fachdiplomaten einzuordnen. Multiple Loyalitäten und Klientelverhältnisse sind bei Urbich anders gelagert als bei einem Diplomaten aus dem Hochadel.<sup>75</sup> Haben sich diese vorrangig am Familieninteresse orientiert, so war bei Urbich der Erfolgsdruck das handlungsleitende Motiv. Die Wahl der Strategien, wie dieses Fallbeispiel zeigt, wirft Fragen auf nach dem Handlungsspielraum eines Diplomaten sowie nach seiner potentiellen Eigenmächtigkeit. Die Frage „nach dem Verhältnis zwischen habitualisierten Verhaltensweisen und politischem oder sozialem Kalkül“, wie sie von Thiessen mit Hinweis auf Jens Ivo Engels stellt, erhält damit nicht nur eine weitere Facette, sondern auch eine zusätzliche Relevanz.<sup>76</sup>

<sup>74</sup> Vgl. hierzu VON THIESEN, Diplomatie vom „type ancien“ (wie Anm. 1).

<sup>75</sup> Für eine eingehende Untersuchung eines Fallbeispiels zu multiplen Loyalitätsbindungen eines hochadeligen Diplomaten vgl. HAUG, Ungleiche Außenbeziehungen (wie Anm. 4), S. 417–449.

<sup>76</sup> Vgl. HILLARD VON THIESEN: Diplomatie und Patronage. Die spanisch-römischen Beziehungen 1605–1621 in akteurszentrierter Perspektive, Epfendorf/Neckar 2010, S. 37, insbesondere Anm. 99.